

Der direkte Draht

Plauen – Berlin

Ausgabe 3

7. Juni 2011

FDP



im Deutschen Bundestag

Themen in dieser Ausgabe:

Qualitätsprüfung in Crimmitschau

Einblick in Industrie-
geschichte Sachsens

Betriebsbesuch bei
„Glück auf“, der Spezialitätenbrauerei

FIFA: Korruptionsvorwürfe sorgfältig prüfen

Radeln für den deutschen Behindertensport

Mit neuem Patent aus Sachsen die Kosten für den Straßenbau senken

Konsequenzen nach Problemen beim Krankenkassenwechsel

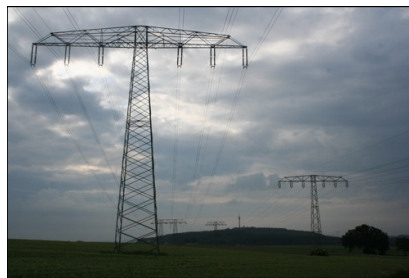
Achim Schulz zum Bürgermeister der neuen Gemeinde Rosenbach gewählt

Besuchergroupe aus dem Vogtland im Reichstag zu Gast

Steuervereinfachungsgesetz: Was die Bürger dazu wissen müssen

Entscheidungen im Bundestag: Es geht um unser Geld, um unsere deutschen Arbeitsplätze, um unsere Zukunft

Diese Woche wird es zu zwei existenziellen Entscheidungen in unserem Land kommen. Entscheidungen, die leider in überhasteten Verfahren der Bundesregierung bereits vorentschieden worden sind. Von den Abgeordneten der Regierungskoalition verlangt man nur noch ein Abnicken. Meine Entscheidung hängt von den detaillierten Erläuterungen der Pläne ab.



In der **Energiepolitik** gibt es die zweite Rolle rückwärts. Moderne, sichere, deutscher Kontrolle unterliegende Atomkraftwerke sollen auf Grund des grünen Drucks nach dem Desaster in Japan abgeschaltet werden. Milliarden Investitionen - auch aus Steuergeldern - würden in den Sand gesetzt. Der ultraschnelle Atomausstieg ist meiner Ansicht nach die größte Fehlentscheidung in den letzten Jahrzehnten. Es ist ein energiepolitisches Abenteuer, das den Industriestandort Deutschland mit allen seinen Arbeitsplätzen gefährden und die Bürger finanziell weiter belasten wird. Aspekte, die Deutschland zu einer führenden Industrienation haben werden lassen -

wissenschaftlicher Fortschritt, technische Umsetzung und wirtschaftliche Effizienz - werden unter dem Druck der Ideologie ausgeblendet. So eine Entwicklung konnte ich mir bis vor kurzem nicht vorstellen.

Die zweite große Entscheidung, die in dieser Woche ansteht, betrifft die **Stabilität des Euro**. Es geht um den Rettungsschirm für Griechenland.

Als Ostdeutscher kann ich mich noch gut erinnern, was die D-Mark für uns bedeutete: Freiheit, Wohlstand, Sicherheit.

Dann endlich hatten auch wir die D-Mark. Der Weg zum Euro war für viele

Ost- wie Westdeutsche nicht leicht. Trotzdem war er richtig, so lange für den Euro die gleichen Stabilitätskriterien galten wie für die D-Mark. Unter diesen Bedingungen war der Euro für Deutschland als Exportnation von Vorteil.

Doch dann weichten SPD und Bündnis-Grüne unter Kanzler Gerhard Schröder die Beitrittskriterien für Länder zur Euro-Zone auf. Es ging nicht mehr um Stabilität, sondern um politische Aspekte.

Griechenland, Irland und Portugal sind nur die Spitze des Eisbergs. Die Stabilität unserer Währung und damit das Ersparnis unserer Bürger ist in Gefahr. Wenn wir weiter Milliarden deutscher

Steuergelder in das Fass ohne Boden namens Rettungsschirm pumpen, wird es sehr gefährlich.

Entweder ziehen wir jetzt konsequent sichere Balken ein, oder wir erkennen an, dass der Euro in Griechenland und eventuell zwei, drei weiteren Staaten nicht zu halten sein wird.

Ich bin gespannt auf die Argumente, die uns seitens der Kanzlerin und ihres Finanzministers in den anstehenden Sondersitzungen vorgelegt werden.

Ich werde einem Rettungsschirm nur zustimmen, wenn damit eine endgültige Klärung erreicht wird. Das Argument unserer FDP-Führung, dass ansonsten die Koalition wackelt, kann ich nicht nachvollziehen. Auch unter den Unionskollegen teilen viele meine Meinung. Die Frage ist nur, ob sie sich auch trauen, die zur richtigen Zeit nachdrücklich zu äußern.

Für mich sind beide Entscheidungen - die zur Energiepolitik und die zum Euro-Rettungsschirm - Gewissensentscheidungen. Deshalb werde ich mich in beiden Fällen keinem allgemeinen Fraktionszwang unterwerfen.

Ihr Joachim Günther



Qualität misst man an bestimmten Kriterien

50 Beschäftigte hat der Ingenieurbetrieb IMQ im Crimmitschauer Gewerbegebiet. Sie sind unter anderem aktiv auf den Gebieten Materialprüfung, Qualitätssicherung, Schweißtechnik, Werkstoffbestimmung und Schadensbegutachtung. Neben dem Hauptsitz in Westsachsen gibt es noch Niederlassungen in Leipzig, Erfurt und der Lausitz, in Jena soll die nächste aufgebaut werden.



Museum: Einblick in Textil-Geschichte

Crimmitschau galt zu Beginn des 20. Jahrhunderts als Stadt der 100 Schornsteine - eine Hochburg der Textilindustrie. Heute sind nicht nur die meisten Essen verschwunden, sondern auch die dazu gehörigen Betriebe. Das Westsächsische Textilmuseum, das in der einstigen Tuchfabrik der Gebrüder Pfau untergebracht ist, erinnert jedoch an die Blütezeit der Textilindustrie. Sehr gut nachvollziehbar wird hier die Industrialisierung Sachsens. Deshalb kommen auch sehr viele Schulklassen - in der Regel 8. und 11. Klassen - hierher. In Crimmitschau selbst wurden lange alle möglichen Stoffe produziert. An den alten Maschinen im Museum kann man sich zeigen lassen wie. Kämmen, Spinnen - alles ist möglich. Joachim Günther - von Beruf Konstrukteur - war begeistert.



„Glück auf“ - ein richtig gutes Bier

5800 Sorten Bier werden deutschlandweit gebraut - darunter auch in 800 Privatbrauereien, von denen „Glück auf“ in Gersdorf eine ist. Geschäftsführerin hier ist eine Frau: Renate Scheibner. Seit 1968 ist sie im Unternehmen. Zu DDR-Zeiten als stellvertretende Betriebsdirektorin. „Betriebsdirektorin wollte ich nie werden“, bekannte sie bei Joachim Günthers Betriebsbesuch freimütig. Doch genau das habe sich nicht vermeiden lassen, sollte die Marke auch nach der Wende erhalten werden.

45000 Hektoliter Gerstensaft verkaufen die Gersdorfer jährlich, füllen für andere Brauereien Bier ab - so wie zu DDR-Zeiten auch. Bis 1992 wurde in Gersdorf das Pilsator von Wernesgrüner in Flaschen gefüllt. Heute ist es das Bier der Meißener Schwerterbrauerei.

10 eigene Sorten hat die „Glück-auf“-Brauerei im Angebot, darunter auch Biermischgetränke, die die Jugend bevorzugt.

Der Bierkonsum der Deutschen geht mehr und mehr zurück. Deshalb rechnet Renate Scheibner in ihrer Branche in 2, 3 Jahren mit einem „kleinen



Erdbeben“, das den Markt bereinigen wird. 14 Millionen Euro wurden seit der Privatisierung in „Glück auf“ investiert. Gebraut wird mit hochwertigen Zutaten und Sachverstand. Die Gersdorfer verstehen sich als Spezialitäten-Brauerei. „Sechs Wochen dauert es, bis man ein vernünftiges Glas Bier rausbringt“, sagt Renate Scheibner. Deshalb könne man „Glück auf“ auch nicht mit Billig-Bieren vergleichen, die für weit unter 10 Euro pro Kasten über den Ladentisch gehen.

Radeln für den deutschen Behindertensport



Während des Parteitags in Rostock schrubkte auch Joachim Günther mit dem Handbike Kilometer für den guten Zweck. Für jeden auf diese Weise zurück gelegten Kilometer gaben die deutschen Apotheker einen Euro für den Behindertensport in unserem Land. Joachim Günther: „Eine tolle Sache. Wenngleich ich froh bin, sonst in meiner Freizeit mit einem normalen Zweirad unterwegs sein zu können.“

FIFA: Korruptionsvorwürfe sorgsam prüfen

Zu den Vorkommnissen bei der FIFA im Vorfeld der Wahl eines neuen Präsidenten erklärte der sportpolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion Joachim Günther:

Mit der Wahl eines neuen FIFA-Präsidenten zum jetzigen Zeitpunkt tat sich die Weltorganisation keinen Gefallen. Nach all den Vorkommnissen der vergangenen Wochen und nach den vielen Korruptionsvorwürfen wäre es dringend notwendig gewesen, die Situation zuerst aufzuklären.

Das erwarten auch die Millionen Fußballfans weltweit. Sie sind allein an guten und ehrlichen Fußballspielen interessiert und nicht an den Machenschaften einiger Funktionsträger bei der FIFA.

Herrn Blatter, als durch die Wahl im Amt bestätigten FIFA-Präsidenten, fordere ich auf, seinen Beitrag zur kompletten Aufklärung der Vorwürfe zu leisten. Und - wenn nötig - einen Neuanfang mit anderen, besseren Strukturen zu ermöglichen.

Mit neuem Patent aus Sachsen die Kosten für den Straßenbau senken



Gemeinsam mit der Storimpex Lichtenstein hat die Mülsener Rohstoff- und Handelsgesellschaft (MRH) ein Produkt entwickelt, mit dem die Kosten für den Straßenbau um 15 bis 20 Prozent gesenkt werden können. Das erfuhr Joachim Günther während eines Betriebsbesuches.

Die MRH recycelt abgefahrene LKW-Reifen und verarbeitet diese zu Gummigranulat oder -mehl, das wiederum beim Sportstättenbau (Kunstrasenplätzen/Tartanbahnen) zum Einsatz kommt, aber auch bei der Modifizierung von Bitumen für Dachpappen und Vergussmassen. Gemeinsam mit den Entwicklern der Storimpex Lichtenstein hat MRH nun ein neues Produkt geschaffen, das Asphalt in seinen nützlichen Eigenschaften noch verbessern kann. Sein Einsatz

senkt nach Auskunft der Patent-Inhaber die Kosten für den Straßenbau um 15 bis 20 Prozent, da auf teure Füllmaterialien verzichtet und das zum Einsatz kommende Gummimehl zu 100 Prozent mit Recycling-Asphalt verarbeitet werden kann.

Nach Aussage des MRH-Geschäftsführers Andreas Baumann hat sich das Produkt in Hamburg bereits durchgesetzt. Auch sächsische Firmen seien begeistert und würden das Material gerne im Freistaat verwenden. Doch das untersage das hier geltende Regelwerk. Joachim Günther hat sich deshalb jetzt schriftlich an Sachsens Verkehrsminister Sven Morlok gewandt. Er möchte ihm das Projekt gerne gemeinsam mit den Firmen vorstellen.

Nach Problemen beim Kassenwechsel

Als Konsequenz aus den Vorgängen nach der Zahlungsunfähigkeit der City BKK wird die Koalition schnell handeln. Mehrere Krankenkassen hatten rechtswidrig das Aufnahmegesuch von Versicherten der City BKK abgewiesen. Für Schwarz-Gelb ist es essentiell, dass die freie Kassenwahl der Versicherten weiterhin gewährleistet ist, und dass Versicherte nicht zu Bittstellern verkommen. Daher hat

Bundesgesundheitsminister Daniel Bahr angekündigt, schnell eine gesetzliche Regelung vorzulegen, die neben einem einfacheren, versichertenfreundlichen Verfahren beim Krankenkassenwechsel auch Regresse bei Fehlverhalten in Bezug auf das freie Kassenwahlrecht vorsieht. Der Kassenaufsicht soll darüber hinaus auch die Möglichkeit gegeben werden, Kassenvorstände abzurufen.

Schulz Bürgermeister

Der vom FDP-Kreisverband Vogtland nominierte Achim Schulz ist Bürgermeister der neuen vogtländischen Gemeinde Rosenbach. Joachim Günther gratulierte ihm am 1. Juni anlässlich des Amtsantritts und wünschte für die Bewältigung künftiger Aufgaben alles Gute. Achim Schulz ist außerdem ehrenamtlicher Geschäftsführer der Euregio-Egrensis-Arbeitsgruppe Sachsen/Thüringen, Mitglied des vogtländischen Kreistages und des FDP-Kreisvorstandes Vogtland. Nach der Wende arbeitete er viele Jahre ehrenamtlich als Bürgermeister in Kauschwitz und Syrau. Am 1. Januar 2011 fusionierte Syrau mit Mehltheuer und Leubnitz zur Gemeinde Rosenbach. Deshalb war die Neuwahl des Bürgermeisters notwendig. Bereits im 1. Wahlgang, als die einstigen Bürgermeister aller drei Gemeinden antraten, hatte Achim Schulz die meisten Stimmen, aber nicht die nötige absolute Mehrheit erzielt. Im zweiten Wahlgang traten dann nur noch er und die CDU-Kandidatin aus Mehltheuer an. Achim Schulz setzte sich klar durch.



40 Jahre in der FDP

Joachim Günther wurde während des Kreisparteitages der FDP Vogtland in Treuen für 40 Jahre Mitgliedschaft in der Partei geehrt. Kreisvorsitzender Martin Treeck überreichte ihm eine Urkunde samt Ehrenmedaille.



Postanschrift:
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: 030-22775636
Fax: 030-22776754

E-Mail:
joachim.guenther@bundestag.de
Wahlkreisbüro:
Neundorfer Straße 28
08523 Plauen
Telefon: 03741/468226
Fax: 03741/27351

Redaktion des Newsletters:
Daniela Hommel-Kreifßl

www.fdp-vogtland.de
www.joachimguenther.de

FDP

VOGTLAND

Das aktuelle Thema

STEUERVEREINFACHUNGSGESETZ

Das Steuervereinfachungsgesetz 2011 wird Gegenstand der Beratungen und Beschlüsse des Deutschen Bundestags am 9. Juni 2011 sein.

Mit diesem Gesetz sollen die Bürgerinnen und Bürger nicht nur in finanzieller, sondern auch in bürokratischer Hinsicht entlastet werden. Statt jährlich den Kampf mit den Formularwüsten aufzunehmen, müssen die Bürger ihre Zahlen auf vor ausgefüllten Steuerformularen nur noch prüfen. Typische Angaben, welche den Finanzbehörden bereits vorliegen, müssen nicht mehr eingetragen werden.

Außerdem kann die Einkommensteuererklärung künftig wahlweise auch nur noch alle zwei Jahre abgegeben werden.

Die Berechnung der Entfernungspauschale wird vereinfacht, ebenso die Berechnung des Kindergeldes oder die steuerliche Förderung der privaten Altersvorsorge. Finanziell profitieren die Bürgerinnen und Bürger auch von der Anhebung des Arbeitnehmer-Pauschbetrages von 920 auf 1000 Euro. Unternehmen werden durch den Verzicht auf viele Detailregelungen und schriftliche Belege jährlich um rund vier Milliarden Euro Bürokratiekosten entlastet.

Das Steuervereinfachungsgesetz steht für den von der FDP vor der Bundestagswahl versprochenen Paradigmenwechsel in der Finanzpolitik. Zum ersten Mal werden die Steuergesetze für die Bürgerinnen und Bürger vereinfacht, nicht für die Finanzverwaltung.

Besuchergruppe aus Vogtland im Reichstag zu Gast

Vom 16. bis 18. Mai war auf Einladung Joachim Günthers eine Gruppe Vogtländer und Zwickauer auf politischer Bildungsreise in Berlin.

Programmpunkte waren während des Besuchs unter anderem eine an politischen

Punkten orientierte Stadtrundfahrt mit dem Bus und ein Besuch des Reichstages samt Kuppel. Dabei wurden die Gäste nicht nur mit der Arbeit des Parlamentes vertraut gemacht, sondern auch mit der Geschichte des Gebäudes.

